



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und
Organisation**
am 14.06.2023
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Robert Abel
Abg. Ernst Behrens
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Detlef Kück
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder
Abg. Bernd Sievert
Abg. Mathias Ullrich
Abg. Hartmut Wallin
Abg. Marsha Weseloh

Vertretung für Abgeordnete Susanne Mrugalla
Vertretung für Abgeordneten Dirk-Frederik Stelling

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. IV)
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Herr Axel Bolz (Amt 20)
Herr Rainer Bruns (Amt 20)
Herr Jan Enderstein (Amt 10)
Frau Eileen Hinze (Amt 10)
Herr Sebastian Roy (Personalrat)
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)

ab 16.00 Uhr

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 07.12.2022
- 4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5** Jahresabschluss 2021;
a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2021 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst;
b) Entlastung des Landrates
c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2021
Vorlage: 2021-26/0406
- 6** Gesamtabschluss 2021: Befreiung von der Aufstellungspflicht gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0442
- 7** Anpassung der Kreditrichtlinie
Vorlage: 2021-26/0443
- 8** Haushaltsüberschreitungen über 60.000,00 €; hier: Zuschüsse Bürgerbusverein
Vorlage: 2021-26/0446
- 9** Haushaltsüberschreitung über 50.000,00 €; hier: Gründungszuschuss zur Hebammenförderung
Vorlage: 2021-26/0447
- 10** Haushaltsüberschreitung über 56.633,84 Euro; hier: Flurbereinigungsverfahren Minstedt - Eilentscheidung
Vorlage: 2021-26/0460
- 11** Ausbildungsoffensive der Landkreisverwaltung
Vorlage: 2021-26/0416
- 12** Zusätzliches Personal für das Ordnungsamt und das Sozialamt
Vorlage: 2021-26/0417
- 13** Änderung der Richtlinie für die Qualifizierung zur Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 (Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt)
Vorlage: 2021-26/0351
- 14** Einführung einer Richtlinie zum Regelaufstieg in die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt
Vorlage: 2021-26/0352
- 15** Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Harling eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss somit beschlussfähig sei. Der Abg. Koch fehlt entschuldigt, eine Vertretung ist nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender Harling teilt mit, dass die Tagesordnung um den neuen Punkt „Haushaltsüberschreitung über 56.633,84 Euro; hier: Flurbereinigungsverfahren Minstedt - Eilentscheidung“ erweitert werden solle.

Des Weiteren werde der Punkt „Antrag der Gruppe B'90/DIE GRÜNEN/DIE LINKE. vom 8. Februar 2023: Einführung eines Prozesses zur Feststellung und Vermeidung von negativen Klimaeinflüssen“ abgesetzt. Ein entsprechender Antrag zur Nichtbehandlung wurde am heutigen Tag von der Gruppe B'90/DIE GRÜNEN/DIE LINKE. eingereicht.

Der Tagesordnungspunkt „Bericht über die Besetzung von Stellen der Besoldungsgruppen A 9 und A 10 NBesG, Entgeltgruppen 9 bis 11 TVöD sowie vergleichbare Entgeltgruppen der Dipl.-Sozialarbeiter/innen/Sozialpädagoginnen/-en Vorlage: 2021-26/0453“ werde im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 07.12.2022**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 07.12.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Frau Dr. Fricke berichtet über den Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2022. Dieser konnte mit einem um 19 Mio. Euro über dem Planergebnis liegenden Jahresüberschuss abgeschlossen werden. Ursächlich waren um rd. 14,3 Mio. Euro höhere ordentliche Erträge, um 2,5 Mio. Euro unter dem Planansatz liegende ordentliche Aufwendungen und ein um 2,3 Mio. Euro über dem Planansatz liegendes außerordentliches Ergebnis. Es wurden insbesondere 8,6 Mio. Euro höhere Zuwendungen und Schlüsselzuweisungen sowie höhere Kostenerstattungen (z. B. bei Corona) realisiert. Die Personalkosten stiegen um 970.000 Euro aufgrund höherer Pensionsrückstellungen. Die durch den Überschuss zusätzlich fließende Liquidität wurde zur Rückführung der Verschuldung bzw. der Finanzierung von Investitionen genutzt. Der Jahresabschluss wurde rechtzeitig gestellt und liegt zur Prüfung beim Rechnungsprüfungsamt.

Weiter teilt **Frau Dr. Fricke** mit, dass sich die gemeindlichen Steuereinnahmen nach der Steuerschätzung im Mai 2023 nicht großartig verändert hätten. Im Jahre 2023 werde mit einem leichten Zuwachs gerechnet. Ab nächstem Jahr seien weniger Einnahmen zu erwarten, da erstmals ins-

besondere die Auswirkungen des Inflationsausgleichsgesetzes bei den Kommunen eingerechnet werden.

Frau Dr. Fricke weist auf zusätzliche Aufgaben und damit verbundenen Stellenzuwachs hin. Hierfür müssten höhere Personalausgaben in Kauf genommen werden. Zusätzlich wurde in diesem Jahr ein Tarifabschluss mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst geschlossen. Dabei seien Mehrausgaben im Personalbereich für 2023 in Höhe von 2,3 Mio. Euro und für 2024 in Höhe von 5,6 Mio. Euro vorgesehen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2021;**
a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2021 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst;
b) Entlastung des Landrates
c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2021
Vorlage: 2021-26/0406

Herr Bolz stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1) die relevanten Besonderheiten im Jahresabschluss 2021 dar. Dies waren mitten in der Corona-Pandemie u. a. Bildung eines Krisenstabs, Beschaffung von Desinfektionsmitteln und Schutzausrüstung, Einrichtung eines Impfzentrums sowie Aufgaben nach § 56 Infektionsschutzgesetz (Entschädigung für Verdienstaufschlag nach Quarantäneanordnungen). Des Weiteren mussten gemäß Verfügung des Sozialministeriums Forderungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz nachgebucht werden. Zudem musste die endgültige Veranlagung der Grunderwerbsteuer für den Anteilskauf an der OsteMed Pflege und Kliniken GmbH aus 2014 durchgeführt werden.

Vorsitzender Harling bestätigt die Ausführungen. Er weist darauf hin, dass es im Prüfungsausschuss keine Beanstandungen gegeben habe.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

- a) Beschluss über den Jahresabschluss:
Die Jahresabschlüsse des Landkreises Rotenburg (Wümme), des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft und des Nettoregiebetriebes Rettungsdienst werden in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.
- b) Entlastung des Landrates:
Der Kreistag beschließt gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2021 die Entlastung zu erteilen.
- c) Beschluss über die Ergebnisverwendung:
Der Jahresabschluss des Landkreises schließt im Ergebnishaushalt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 17.785.214,60 € und mit einem Fehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 1.131.400,37 € ab.
Das ordentliche Ergebnis wird mit einem Betrag von 1.081.122,17 € zur Deckung des Fehlbetrages im außerordentlichen Ergebnis verwendet und mit einem Betrag von 16.704.092,43 € der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt.
Der Fehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis wird mit einem Betrag von 1.081.122,17 € aus dem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen und mit der vorhandenen außerordentlichen Überschussrücklage in Höhe von 50.278,20 € verrechnet.

Der Jahresabschluss des Nettoregiebetriebes Rettungsdienst schließt im Ergebnishaushalt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis von 437.149,27 € ab. Das Ergebnis wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt. Das außerordentliche Ergebnis von 20.805,32 € wird der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Der Jahresabschluss des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft schließt im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 49.870,84 € ab. Das au-

ßerordentliche Ergebnis in Höhe von 49.870,84 € wird zur Deckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Gesamtabschluss 2021: Befreiung von der Aufstellungspflicht gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0442

Frau Dr. Fricke erläutert kurz den Sachverhalt. Gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG ist die Aufstellung eines Gesamtabschlusses nicht erforderlich, wenn die Abschlüsse der Aufgabenträger für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung sind. Da dies beim Landkreis Rotenburg (Wümme) der Fall ist, soll auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses verzichtet werden.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die Abschlüsse der verbundenen und assoziierten Aufgabenträger sind für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung. Die Möglichkeit einer Befreiung von der Aufstellungspflicht eines Gesamtabschlusses wird für das Jahr 2021 gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG in Anspruch genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anpassung der Kreditrichtlinie**
Vorlage: 2021-26/0443

Frau Dr. Fricke erklärt, die Kreditrichtlinie sei aus dem Jahre 2007 und in Bezug auf gängige Rechtsvorschriften veraltet. Deshalb sei eine Aktualisierung notwendig geworden.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die aktualisierte Kreditrichtlinie des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen über 60.000,00 €; hier: Zuschüsse Bürgerbusverein**
Vorlage: 2021-26/0446

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung über 60.000,00 € im Teilhaushalt 3 (Bildung, Kultur und Sport), Produkt 54.7.01 (ÖPNV) für die Zuschüsse an die Bürgerbusvereine für die Beschaffung neuer Fahrzeuge (Inv.-Nr. 2023/40980) wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen und entsprechenden Minderauszahlungen im Teilhaushalt 3 (Bildung, Kultur und Sport), Produkt 54.7.01 (ÖPNV) bei Zeile 15 (Transferauszahlungen).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitung über 50.000,00 €; hier: Gründungszuschuss zur Hebammenförderung**
Vorlage: 2021-26/0447

Frau Dr. Fricke erklärt, der eigentliche Antrag bezüglich Erstellung einer Richtlinie zur Hebammenförderung werde noch weiter im Kreisausschuss diskutiert, weil noch Änderungsbedarf bestünde. Bei diesem TOP gehe es lediglich um die Bereitstellung der vom Kreistag beschlossenen 50.000 Euro, die dieses Jahr in den Haushalt eingestellt werden sollen.

Abg. Burfeind fragt, ob die Summe tatsächlich im investiven Haushalt bereitgestellt werden soll. **Herr Bolz** bejaht dies, da es sich bei immateriellen Vermögensgegenständen um eine sog. Bilanzierungshilfe handele. Mit der Festlegung im Förderbescheid, dass der geförderte Zweck für einen mehrjährigen Zeitraum, der Zweckbindungsdauer, für das Gemeinwohl verfügbar gehalten werden muss oder über diesen Zeitraum eine sonstige Gegenleistungsverpflichtung besteht, erhält die Kommune einen Anspruch, der als immaterieller Vermögensgegenstand zu aktivieren ist.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung über 50.000,00 € im Teilhaushalt 6 (Gesundheit), Produkt 41.2.01 (Gesundheitliche sowie Konflikt-Beratung, Förderung Beratungsstellen) für den Gründungszuschuss zur Hebammenförderung (Inv.-Nr. 2023/53030) wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen und entsprechenden Minderauszahlungen im Teilhaushalt 6 (Gesundheit), Produkt 41.2.01 (Gesundheitliche sowie Konflikt-Beratung, Förderung Beratungsstellen) bei Zeile 15 (Transferauszahlungen).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitung über 56.633,84 Euro; hier: Flurbereinigungsverfahren Minstedt - Eilentscheidung**
Vorlage: 2021-26/0460

Herr Bolz erklärt, die Mitteleinstellung sei ursprünglich für das nächste Jahr geplant gewesen. Nach Abstimmung mit der Landesbehörde müsse jedoch schon dieses Jahr gezahlt werden.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung über 56.633,84 € im Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt), Produkt 54.2.01 (Kreisstraßen) für die Kosten der Flurbereinigungsverfahrens Minstedt (K 125) (Inv.-Nr. 2010/66100) wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus Minderauszahlungen im Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt), Produkt 54.2.01 (Kreisstraßen) bei den Inv.-Nr. 2020/66150 (Ausbau K 113 – OD Tarmstedt) über 50.000,00 € und 2023/66020 (Anschaffung eines Anbaumähers) über 6.633,84 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Ausbildungsoffensive der Landkreisverwaltung**
Vorlage: 2021-26/0416

Frau Dr. Fricke weist auf den bestehenden Fachkräftemangel hin. Im Zuge dessen sei es umso wichtiger, Menschen für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu begeistern und Werbung zu machen. Frau Hinze vom Haupt- und Personalamt werde heute einen Einblick in die Ausbildungsoffensive der Kreisverwaltung geben.

Frau Hinze gibt zunächst einen Überblick über alle Ausbildungsstellen, die beim Landkreis Rotenburg (Wümme) angeboten werden. Anschließend geht sie auf die Betreuung ein, die nach der Einstellungszusage mit dem sogenannten „Onboarding“ beginne (Kontakthaltung durch Zwischennachrichten, Vortreffen etc.). Während der Ausbildung gäbe es jährliche Zwischengespräche zum Leistungsstand, Perspektivplanungen und Personalgespräche. Zum Ende der Ausbildung sei eine gemeinsame Abschlussveranstaltung mit dem Landrat, Feedback zur Ausbildung und Ehrungen der Besten geplant.

Um Auszubildende zu gewinnen, sei man regelmäßig auf Ausbildungsmessen und Berufsinfortagen vertreten. Des Weiteren biete der Landkreis Infoabende und Praktika an. Beim jährlich stattfindenden Zukunftstag kann jeder in die Berufe „hineinschnuppern“. Es wurden bereits Ausbildungsvideos gedreht, Broschüren erstellt und die Darstellung auf der Homepage werde ständig ausgebaut.

Abg. Ullrich fragt, wie viele Auszubildende nach der Ausbildung die Verwaltung verlassen.

Frau Hinze antwortet, darüber gebe es noch keine genauen Zahlen, sie vermute aber maximal 10 Prozent.

Frau Dr. Fricke ergänzt, hierbei handele es sich überwiegend um persönliche Gründe, der große Teil würde bleiben.

Abg. Weseloh erkundigt sich nach der Anzahl der Bewerbungen.

Frau Hinze erwidert, beispielsweise bezogen auf die Ausbildung des Verwaltungsfachangestellten gegenüber den Zahlen aus 2012 (ca. 100 bis 125) sei sie inzwischen froh über rund 40 Anfragen. Im Verwaltungsbereich sei das Interesse insgesamt stark eingebrochen.

Abg. Sievert meint, man könne sich z. B. auch auf der Tarmstedter Ausstellung präsentieren. Er möchte wissen, wie die Qualität der Bewerbungen sei und es auch Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund gäbe.

Frau Hinze antwortet, dass die Qualität gut bis sehr gut sei. Menschen mit Migrationshintergrund würden sich leider wenig bewerben.

Frau Dr. Fricke erläutert, dass zwei Ämter (Ordnungs- und Sozialamt) in der Kreisverwaltung durch die Kriegslage in der Ukraine und den insbesondere damit verbundenen Zuzug von Flüchtlingen stark belastet würden. Dazu kämen weitere sogenannte „sonstige Flüchtlinge“, die einen Antrag auf Asyl stellen. Dem Landkreis Rotenburg seien bereits mehr als 2.000 Personen zugewiesen worden. Darüber hinaus wachse erfreulicherweise auch die Anzahl von Personen, die hier arbeiten wollen. Und immer mehr ausländische Menschen stellen einen Antrag auf Einbürgerung. Im Sozialamt müssten Anträge auf Asylerleistungen und Grundsicherung zusätzlich bearbeitet werden. In allen Ämtern ist eine Überlastung vorhanden, so dass im Moment eine viel zu lange Bearbeitungsdauer von Anträgen vorläge. Ohne Personalaufstockung würden die Kolleginnen und Kollegen das nicht schaffen.

Abg. Wallin möchte wissen, wieviel Mitarbeiter/innen im Moment in den Ämtern mit diesen Aufgaben betreut seien.

Frau Dr. Fricke verspricht, die Antwort mit dem Protokoll nachzureichen.

(Antwort: Im Ordnungsamt im Bereich Ausländerbehörde sind zurzeit 7 Beschäftigte, dort soll eine Aufstockung um 2 Stellen erfolgen. Für die Einbürgerungen sind im Moment 2 Beschäftigte zuständig, dort soll um eine Stelle ergänzt werden. Im Sozialamt im Bereich Grundsicherung sind 11 Beschäftigte zu verzeichnen, es ist dort eine Erhöhung um 2 Personen vorgesehen. Für Asylbewerberleistungen sind im Plan 6,14 Stellen vorgesehen, dort gäbe es eine Erhöhung um 2,86 Stellen).

Abg. Sievert fragt, wieviel die neu geschaffenen Stellen zusätzlich kosten würden.

Herr Enderstein sagt, dies sei schwer zu beziffern. Nach einer Schätzung des KGSt belaufe sich eine gleichwertige Stelle in der Einbürgerung auf 68.200 Euro im Jahr. Die restlichen Stellen würden ca. 63.300 Euro jährlich kosten. Insgesamt ergäbe sich eine Mehrausgabe in Höhe von 500.000 Euro im Jahr.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der überplanmäßigen Bereitstellung von insgesamt 7,86 Vollzeitstellen zum nächstmöglichen Zeitpunkt in den Ämtern 32 (Ordnungsamt – Ausländerbehörde, Einbürgerungen) und 50 (Sozialamt - Grundsicherung, Asylbewerberleistungen) wird zugestimmt. Diese Stellen sollen 2024 in den Stellenplan aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Dr. Fricke erklärt, die Voraussetzungen für eine Bewerbung auf eine Stelle nach Besoldungsgruppe A 14 sollen geändert werden. Im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen (Veränderungsmanagement, Digitalisierung, Fachkräftemangel usw.) sind Führungskräfte gefordert, die sich im Wandel befindliche Landkreisverwaltung mit ihren Ideen und ihrem Handeln voranzubringen. Die bisherige Verpflichtung einer Teilnahme an einem Organisationslehrgang werde ersetzt durch einen Lehrgang des Niedersächsischen Studieninstituts, welcher in der Vergangenheit gute Ergebnisse erzielt habe.

In der Folge schließt sich eine Diskussion an, in der die Beteiligung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation an Personaleinstellungen bzw. –bewertungen eingefordert bzw. in Frage gestellt wird.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die Änderung der Richtlinie für die Qualifizierung zur Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 wird in der Form des vorgelegten Entwurfes beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 14 der Tagesordnung: **Einführung einer Richtlinie zum Regelaufstieg in die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt**
Vorlage: 2021-26/0352

Vorsitzender Harling erläutert, dass mit der Einführung dieser Richtlinie auch den Beamten im mittleren Dienst die Möglichkeit gegeben werden solle, mit einer entsprechenden Fortbildung in den gehobenen Dienst zu wechseln.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die Richtlinie zum Regelaufstieg in die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt wird eingeführt. Dem Landrat wird die Befugnis übertragen über die Zulassung zum Aufstiegsverfahren zu entscheiden, nachdem die jeweilige verbeamtete Person das Auswahlverfahren durchlaufen hat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Vorsitzender Harling schließt den öffentlichen Teil der der Sitzung um 15.52 Uhr.

gez. Harling
Vorsitzender

gez. Dr. Fricke
Kreisträtin

gez. Trau
Protokollführerin